



Empfehlungen der Antragskommission für die Anträge zur AG SPD 60 plus Bundeskonferenz

18. und 19. Oktober in Baunatal (Hessen)

Mitglieder der Antragskommission

(anwesend bei der Sitzung der Antragskommission am 04.10.13 in Berlin):

Jürgen Rischar (Vorsitz/Bundesvorstand)

Angelika Graf (Bundesvorstand)

Michael Schell (Hessen-Süd)

Rainer Knop (Braunschweig)

Ulrich Knab (Nordrhein-Westfalen)

Bernd Merken (Berlin)

Detlef von Schlieben (Baden-Württemberg)

Erklärung: Hinzugefügte Wörter oder Passagen sind durch **fett und unterstrichen** gekennzeichnet!

Gestrichene Wörter oder Passagen sind als ~~durchgestrichen~~ gekennzeichnet!

Antrag Nr.	Titel	Antragsteller	Empfehlung der Antragskommission
------------	-------	---------------	----------------------------------

	Leitantrag		
L1	Bezahlbares und altersgerechtes Wohnen im ländlichen Raum und in der Sozialen Stadt	Bundесvorstand	<p><u>Empfehlung: Annahme in der Fassung der Antragskommission</u></p> <p>Zeile 478: es wurde eingefügt: „...„Riester-Faktors“ <u>und des „Nachhaltigkeits-Faktors“</u> einzusetzen. Zeile 485 – es wurde ersetzt: <u>dreijährige</u> statt bessere</p> <p>Weiterleitung an: Weiterleitung an: SPD-Bundesparteitag SPD-Bundestagsfraktion SPD-Landtagsfraktionen Bundes-SGK</p>
	Altersicherung		
A1	Altersarmut bekämpfen	Saarland	<p><u>Empfehlung: Annahme in der Fassung der Antragskommission</u></p> <p>Altersarmut bekämpfen</p> <p>Die Bundeskonferenz der AG 60 plus möge beschließen:</p>

Antrag Nr.	Titel	Antragsteller	Empfehlung der Antragskommission
			<p>„Die Bundeskonferenz der AG 60 plus fordert den SPD-Parteivorstand und die SPD-Bundestagsfraktion auf, sich für die nachstehend aufgeführten Forderungen, die geeignet sind, den Sozialstaat im Interesse der Bevölkerung wieder zu stärken, einzusetzen:</p> <p>1. Die Rente muss der Lebensstandsicherung dienen</p> <ul style="list-style-type: none"> •Versicherte, die dem Alterssicherungssystem angehört und Beiträge bezahlt haben, müssen im Alter und bei Erwerbsunfähigkeit eine Rente erhalten, die es ermöglicht, den im Berufsleben erarbeiteten Lebensstandard armutsfest aufrecht zu erhalten. •Die gesetzliche Rentenversicherung ist die wichtigste Absicherung im Alter. Auf diese müssen sich alle Anstrengungen konzentrieren. •Die betriebliche Altersvorsorge mit Arbeitgeberbeteiligung muss verpflichtend eingeführt werden. •Private Vorsorge, die sich nur wenige leisten können, muss privat bleiben. •Die gesetzliche Rentenversicherung muss auf alle Erwerbstätigen ausgedehnt werden. •In die gesetzliche Rentenversicherung muss eine Mindestsicherung eingebaut werden. •Die gesellschaftlichen Aufgaben der Kindererziehung und Pflege von Angehörigen sind in einem Modell der Gesamtleistungsbewertung anzuerkennen, alle Zeiträume der Kindererziehung sind dabei gleich zu bewerten. Die Finanzierung dieser gesellschaftlichen Aufgaben hat aus Steuermitteln zu erfolgen.

Antrag Nr.	Titel	Antragsteller	Empfehlung der Antragskommission
			<p>2. Gute Arbeit stärkt die Rentenkassen. Prekäre Beschäftigung muss zurückgedrängt werden</p> <ul style="list-style-type: none"> • Sozialversicherungspflichtige Arbeit muss der Regelfall sein. Alle Formen prekärer Beschäftigung müssen kritisch hinterfragt werden. • Mindestlohn durch die Arbeitgeber statt Aufstockung durch die Sozialkassen. • Wir brauchen einen öffentlich geförderten Arbeitsmarkt mit verlässlichen Rahmenbedingungen insbesondere für Langzeitarbeitslose. Sofortige Aufstockung der Mittel, so dass die Instrumente für die Eingliederung am Arbeitsmarkt wieder nutzbar sind. • Bessere Absicherung der Risiken Berufsunfähigkeit und Arbeitslosigkeit. Insbesondere Bemessung des ALG I-Bezugs an der Dauer der erbrachten Erwerbsarbeit. • Verbindliche Festschreibung des Equal-Pay-(gleicher Lohn)Grundsatzes für Männer und Frauen. • Anpassung der Löhne der Zeitarbeitnehmer/-innen nach einer gewissen Einarbeitungsfrist an die Bezahlung der Stammbesellschaft. • Wesentliche Verteuerung der Leiharbeit, wie z.B. in Frankreich und Skandinavien. <p>3. Die sozialen Sicherungssysteme armutsfest und zukunftssicherer machen.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Bereinigung der Rentenformel um die Kürzungsfaktoren Nachhaltigkeits- und Riesterfaktor. Stattdessen fordern wir eine <u>Diskussion über die</u> Wertschöpfungsabgabe nach dem Umsatz eines Unternehmens im Verhältnis zu Lohnsumme und Beschäftigtenzahl. • <u>Anhebung</u> Ausbau der Grundsicherung im Alter, insbesondere <u>unter</u> Berücksichtigung der <u>Kostenentwicklung</u> Zuzahlungen im Gesundheitswesen.

Antrag Nr.	Titel	Antragsteller	Empfehlung der Antragskommission
			<ul style="list-style-type: none"> •Reform der Kranken- und Pflegeversicherung als Bürgerversicherung: Einzahlung in eine gemeinsame Kasse, private Versicherung nur als Zusatzversicherung, Rücknahme des Pflegeversicherungsbeitrages für Rentner/-innen. •Zuzahlungen im Gesundheitssystem <u>abschaffen</u> zurück drängen. <p>4. Altersarmut ist weiblich! Rahmenbedingungen für die eigenständige Alterssicherung von Frauen verbessern.</p> <ul style="list-style-type: none"> •Strukturelle Maßnahmen der Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf endlich als Zukunftsinvestition zu begreifen. •Steigerung der Erwerbsquote von Frauen und Ermöglichung geschlossener Versicherungsbiografien. •Sofortige Abschaffung des Betreuungsgeldes als Herdprämie. Bezug von Elterngeld auch für Männer stärken. •Zugang von Frauen in Führungspositionen verbessern. •Equal Pay (gleiche Bezahlung) für „Frauenberufe“ <p>5. Paritätische Finanzierung statt Privatisierung zu Lasten der Arbeitnehmer/-innen</p> <ul style="list-style-type: none"> •Beibehaltung der paritätischen Finanzierung •Einführung einer Wertschöpfungsabgabe nach Umsatz eines Unternehmens im Verhältnis zu Lohnsumme und Beschäftigtenzahl, die kapitalintensive Betriebe stärker an der Finanzierung der Rentenversicherung beteiligt. •Einnahmen verbessern durch allgemeine Versicherungs- und Beitragspflicht der gesamten Erwerbsbevölkerung. •Rückführung der Fördermittel der Riesterrente in die gesetzliche Rentenversicherung, wobei bestehende Rechtsansprüche erfüllt werden müssen.

Antrag Nr.	Titel	Antragsteller	Empfehlung der Antragskommission
			<p>Begründung: Die Absicherung gegen die Lebensrisiken Alter, Krankheit und Pflege sowie gegen Arbeitslosigkeit und Armut gehört zu den Eckpfeilern unseres Sozialstaates und unserer Verfassung.</p> <p>Die im Beschlussantrag aufgeführten Forderungen sind notwendig, um den Sozialstaat im Interesse der Bevölkerung wieder zu stärken. Es ist nicht hinnehmbar, dass unsere weltweit anerkannten sozialen Sicherungssysteme weiter ausgehöhlt werden. Wir müssen dem entgegenzutreten, damit der soziale Frieden erhalten bleibt, der ein wesentlicher Grundpfeiler unserer Demokratie ist.</p> <p>In den vergangenen Jahren ist dieser Wert durch die Zunahme von Langzeitarbeitslosigkeit, Erosion der Normalarbeitsverhältnisse und Zunahme prekärer Beschäftigungsverhältnisse in Frage gestellt worden.</p> <p>Die Kluft zwischen Arm und Reich ist gravierend gewachsen. Unser Sozialstaat wurde bedenklich geschwächt; er droht in Folge dessen in den Augen der jüngeren Generation seine Berechtigung zu verlieren.</p> <p>Die Folgekosten der bevorstehenden Altersarmut werden die Sozialsysteme erdrücken. Deshalb muss gegengesteuert werden, jetzt und sofort!</p> <p>Weiterleitung an: SPD-Bundestagsfraktion SPD-Parteivorstand</p>

Antrag Nr.	Titel	Antragsteller	Empfehlung der Antragskommission
------------	-------	---------------	----------------------------------

A2	Mit guter Rente gegen Altersarmut	Schleswig-Holstein	<u>Empfehlung: Erledigt durch Annahme L1</u>
A3	Ergänzung des Rentenkonzeptes der SPD	RLP	<p><u>Empfehlung: Annahme in der Fassung Antragskommission</u></p> <p>Ergänzung des Rentenkonzeptes der SPD</p> <p>Das Rentenkonzept der SPD sollte bei der Mindestrente Solidarrente wie folgt ergänzt werden: „Die Mindestrente wird jährlich durch einen angemessenen Sockelbetrag, mindestens in Höhe der allgemeinen Rentenerhöhung und unter Berücksichtigung eines Inflationsausgleiches angehoben.“</p> <p>Begründung:</p> <p>Die SPD plant im Falle der Übernahme von Regierungsverantwortung nach der Bundestagswahl im September d.J., unter anderem die Einführung einer Mindestrente (Solidarrente) für langjährig Versicherte (40 Versicherungsjahre und 30 Beitragsjahre). Hierdurch soll das Risiko des Abgleitens in die Altersarmut verringert werden.</p> <p>Nach Ansicht der AG 60plus im Unterbezirk Alzey-Worms, muss aber sichergestellt werden, dass diese Mindestrente (Solidarrente) auf Dauer über der Grundsicherung liegt. Zukünftig sollte daher die Mindestrente nicht mit dem allgemeinen Steigerungssatz für Renten, der sich an der Steigerung der Grundlohnsumme orientiert, erhöht werden, sondern jährlich mit einem Sockelbetrag angepasst werden, der mindestens einen Inflationsausgleich bedingt.</p>

Antrag Nr.	Titel	Antragsteller	Empfehlung der Antragskommission
------------	-------	---------------	----------------------------------

			<p>Weiterleitung an: SPD-Bundesparteitag SPD-Parteivortand</p>
A 4	Mütterrente	Weser-Ems	<u>Empfehlung: Erledigt durch L1</u>
A5	MINIJOBS: Niedriglohnfalle und Rentenrisiko für Frauen	Hessen-Süd	<p><u>Empfehlung: Annahme in der Fassung der Antragskommission</u></p> <p>MINIJOBS: Niedriglohnfalle und Rentenrisiko für Frauen</p> <p>Die AG 60 plus sieht in den sog. Minijobs eine zentrale Niedriglohnfalle und ein Rentenrisiko insbesondere für Frauen. Daher fordert die AG 60 plus den SPD Bundesvorstand und die Bundestagsfraktion auf sich grundsätzlich der Forderung des Deutschen Gewerkschaftsbundes anzuschließen und die Abschaffung der Minijobs zurückzudrängen zu fordern und diese Forderungen umzusetzen.</p> <p>Begründung: Grundsätzlich gibt es Minijobs in allen Wirtschaftsbranchen und in Privathaushalten. In einigen Branchen sind sie eher selten zu finden. Stark vertreten sind sie vor allem im Einzelhandel, in der Gastronomie, bei Zeitungsverlagen, in der Gebäudereinigung und im Gesundheitswesen sowie bei sonstigen Dienstleistungen. Auch in Privathaushalten werden Minijobs angeboten. Dazu zählen Reinigung, Einkauf, Zubereitung von Mahlzeiten, Gartenarbeit oder die Pflege, Versorgung und Betreuung von Personen. Vor allem in diesem Bereich haben Minijobs in den letzten Jahren enorm</p>

Antrag Nr.	Titel	Antragsteller	Empfehlung der Antragskommission
------------	-------	---------------	----------------------------------

			<p>zugenommen. Unternehmen nutzen Minijobs, in denen überwiegend Frauen arbeiten, um Personalkosten zu drücken. Dies zeigt eine neue Studie der Hans-Böckler-Stiftung zur geringfügigen Beschäftigung. Rund 90 Prozent der Minijobber/Innen arbeiten zu Niedriglöhnen, so das Ergebnis. Der hohe Frauenanteil bei Minijobber/Innen festigt die für die Bundesrepublik Deutschland spezifische Arbeitszeitlücke, die sich auch in Entgeltunterschieden zwischen Frauen und Männern niederschlägt. Minijobs sind aufgrund des hohen Frauenanteils somit ein wesentliches Hindernis für die Gleichberechtigung der Geschlechter. 3,3 Millionen Frauen in Deutschland haben der Studie zufolge ausschließlich einen Minijob. Statt den Bruttolohn von Menschen mit einem Einkommen bis 450 Euro zu erhöhen, arbeiten die Minijobber/Innen aber wie sozialversicherungspflichtig Beschäftigte für 7 Euro pro Stunde und sind nicht abgesichert. Dies hat fatale Folgen für die Alterssicherung von Frauen. Minijobs reißen gravierende Lücken in die Altersversorgung vieler Arbeitnehmerinnen, insofern hat die gegenwärtige Minijobstrategie der Bundesregierung desaströse Folgen für die Gleichstellung der Geschlechter und ist keine Brücke in reguläre Beschäftigung.</p> <p>Weiterleitung an: SPD-Parteivorstand SPD-Bundestagsfraktion</p>
--	--	--	--

Antrag Nr.	Titel	Antragsteller	Empfehlung der Antragskommission
------------	-------	---------------	----------------------------------

A6	Arbeit im Alter	Hessen-Süd	<p><u>Empfehlung: Annahme in der Fassung der Antragskommission</u></p> <p>Arbeit im Alter</p> <p>Die SPD setzt sich nachhaltig für einen flexiblen Renteneintritt ein. Dabei ist zu beachten, dass es für Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen je nach Branche und Tätigkeit unterschiedliche Ruhestandsregelungen geben muss, und eine daraus sich ableitende Systematik der Altersvorsorge.</p> <p>Gleichzeitig setzt sich die SPD für die Schaffung altersgerechter Arbeitsplätze ein. Es ist notwendig, den älter werdenden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern die Möglichkeit einer altersangepassten Tätigkeit zu bieten.</p> <p>Begründung: In Deutschland haben Unternehmen und Behörden ihre Belegschaften in den letzten Jahren sehr stark verjüngt. Diese Praxis wurde sehr lange unterstützt mit dem Ziel, Arbeitsplätze für jüngere Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen frei zu machen. Die Folge war und ist ein steigender Mangel an Fachkräften. Darüber hinaus bleibt der ursprünglich prognostizierte Effekt einer Haushaltskonsolidierung aus.</p> <p>Für viele Menschen ist die Entlassung in den Ruhestand gleichbedeutend mit dem Verlust eines akzeptierten Platzes in unserer Gesellschaft. Mit der Aufgabe des Arbeitsplatzes geht oft der Lebensmittelpunkt verloren. Die Übernahme von Ehrenämtern stellt in den wenigsten Fällen einen adäquaten Ersatz für die bis dahin an Ergebnissen und Entlohnungen messbare Einordnung in die Arbeitswelt dar. Zusätzlich stellt sich das Gefühl des „Nicht-mehr-Gebraucht-Werdens“ ein.</p> <p>Höheres und hohes Lebensalter korrespondieren nicht zwangsläufig</p>
----	-----------------	------------	--

Antrag Nr.	Titel	Antragsteller	Empfehlung der Antragskommission
------------	-------	---------------	----------------------------------

			<p>mit beruflicher Unfähigkeit und Gebrechlichkeit. Vielmehr bleiben Menschen oft bis ins hohe Alter extrem leistungsfähig. Ein Angebot an geregelter, altersgerechter Arbeit für Menschen im Ruhestand wird inzwischen immer wichtiger. Insbesondere der Fachkräftemangel in der Wirtschaft zeigt die Notwendigkeit der Einbindung älterer erfahrener Personen.</p> <p>Neuere Untersuchungen zeigen im übrigen die deutliche Zunahme arbeitswilliger Bevölkerungsgruppen: die Zahl derjenigen Personen, die ihre Kompetenzen weiterhin auf dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stellen wollen, steigt und ebenso die Zahl derjenigen Personen, deren Altersversorgung mangelhaft ist und die unter Altersarmut leiden.</p> <p>Weiterleitung an: SPD-Bundesparteitag SPD-Bundestagsfraktion SPD-Parteivorstand</p>
A7	Berücksichtigung von Kindererziehungszeiten in Rentenversicherung	Berlin	<u>Empfehlung: Erledigt durch L1</u>
A8	Mütterrente	Bayern	<u>Empfehlung: Erledigt durch L1</u>

Antrag Nr.	Titel	Antragsteller	Empfehlung der Antragskommission
------------	-------	---------------	----------------------------------

	Gesundheit und Pflege		
G1	Für eine sozial gerechte Pflegeversicherung	Brandenburg	<u>Empfehlung: Erledigt durch L1</u>
G2	Vereinbarkeit von Pflege und Beruf verbessern!	Brandenburg	<u>Empfehlung: Annahme</u> Weiterleitung an: SPD-Bundesparteitag SPD-Bundestagsfraktion SPD-Parteivorstand
G3	Auch ältere Menschen müssen realen Anspruch auf Rehabilitationsmaßnahmen haben	Hessen-Süd	<u>Empfehlung: Annahme in der Fassung der Antragskommission</u> Auch ältere Menschen müssen realen Anspruch auf Rehabilitationsmaßnahmen haben AG 60 plus Bezirkskonferenz Hessen-Süd fordert: <u>Die SPD-BTF wir aufgefordert sich für eine bessere Bewilligungspraxis einzusetzen.</u> Reha- und körperliche Aufbaumaßnahmen müssen im Rahmen gesundheitlicher Prävention (GKV) auch für nicht mehr im Erwerbsleben stehende Personen zugänglich sein. Begründung: Ältere Menschen erleiden oft Krankheitsbedingte Einschränkungen, die die nicht nur die Lebensqualität vermindern sondern den gesundheitlichen Allgemeinzustand verschlechtern. Krankenkassen weigern sich meist, diesen Personen Maßnahmen zur körperlichen Ertüchtigung – auch bei Eigenbeteiligung – zu

Antrag Nr.	Titel	Antragsteller	Empfehlung der Antragskommission
			<p>finanzieren. Ärztliche Verschreibungen werden von den Kassen entweder ignoriert oder unterlaufen. Dabei könnten solche erkrankten oder gesundheitlich geschwächten Menschen mit entsprechenden medizinischen Aufbauprogrammen zur körperlichen Ertüchtigung mit relativ geringen Mitteln im Rahmen einer präventiven Versorgung gesundheitlich wieder so gut aufgebaut werden, dass ihre Erkrankungen keine körperlichen Einschränkungen mehr bedeuten. Bei den Kassen scheint ein Kosten-Nutzen-Denken vorzuherrschen, wonach sich solche Aufwendungen für ältere Menschen nicht mehr lohnen. Reha-Maßnahmen oder gar Kuren werden von den Kassen nur in absoluten Ausnahmefällen genehmigt.</p> <p>Weiterleitung an: SPD-Bundestagsfraktion</p>
G4	Leistungen der Pflegeversicherung müssen verbessert werden	Hessen-Süd	<p><u>Empfehlung: Annahme</u></p> <p>Weiterleitung an: SPD-Bundesparteitag SPD-Bundestagsfraktion SPD-Parteivorstand</p>
G5	Flächendeckende Landarztversorgung	Hessen-Süd	<p><u>Empfehlung: Annahme in der Fassung der Antragskommission</u></p> <p>Flächendeckende Landarztversorgung</p> <p>Die Rahmenbedingungen müssen so verändert werden, dass sich wieder mehr Ärzte für eine ärztliche Tätigkeit auch auf dem Land bzw. strukturschwachen Siedlungsräumen bereit erklären.</p>

Antrag Nr.	Titel	Antragsteller	Empfehlung der Antragskommission
------------	-------	---------------	----------------------------------

			<p>Begründung: Landärzte sterben nicht nur altersbedingt aus. Einer der Haupthinderungsgründe für Ärzte, sich außerhalb von Ballungsräumen niederzulassen, ist bekanntlich die unzureichende Infrastruktur im ländlichen Raum bezüglich kultureller Angebote, oder wo gehen meine Kinder zur Schule, oder die unzureichende Vertretungsregelung von Ärzten untereinander. Hinzu kommt die Pflicht, am Ort der Praxis Wohnsitz zu nehmen. Mehrere Ärzte können sich eine Praxis nicht teilen, was z.B. Ärztinnen Teilzeitbeschäftigung ermöglichen würde und die Versorgung der Kinder, vor allem aber die gegenseitige Vertretung auf unproblematische Art ermöglichen würde. Eine flächendeckende Landarztversorgung muss auf anderem Wege, als allein durch finanzielle Zuschüsse, sichergestellt werden. Dabei sind die Rahmenbedingungen so zu verändern, dass zum einen die Wohnsitzpflicht am Ort der Praxis entfallen kann, Gemeinschaftspraxen durch mehrere Ärzte/Ärztinnen gebildet, Teilzeit z.B. für Ärzte zugelassen und gegenseitige Vertretung verbessert werden kann, sowie sich die Kommunen selbst angemessen an der Finanzierung bzw. Unterstützung ärztlicher Versorgung beteiligt werden können. <u>Die Rahmenbedingungen müssen so verändert werden, dass sich wieder mehr Ärzte für eine ärztliche Tätigkeit auch auf dem Land bzw. strukturschwachen Siedlungsräumen bereit erklären.</u></p> <p>Weiterleitung an: SPD-Bundestagsfraktion SPD-Landtagsfraktionen</p>
--	--	--	--

Antrag Nr.	Titel	Antragsteller	Empfehlung der Antragskommission
G6	Bezahlbare Krankenversicherung auch für Geringverdiener	Hessen-Süd	<p><u>Empfehlung: Annahme in der Fassung der Antragskommission</u></p> <p>Bezahlbare Krankenversicherung auch für Geringverdiener</p> <p>Geringfügig Beschäftigte sowie gering verdienende Selbständige müssen durch die Änderung des SGB II Zugang zu einer bezahlbaren gesetzlichen Krankenversicherung bekommen.</p> <p>Begründung: Geringverdiener bleiben zu oft ohne Krankenversicherung, weil sie entweder gar nicht, oder nur geringfügig beschäftigt oder selbstständig tätig sind. Sie werden von der GKV nicht aufgenommen und in die PKV abgedrängt, aus der sie auch später nicht in die GKV zurückkehren können, oder sie können die z.T. hohen Beiträge nicht bezahlen. Erst wenn sie AtG II oder Aufstockung beantragen, können sie in die GKV aufgenommen werden. Dieser Zustand ist äußerst unbefriedigend. Die Zahl der Menschen ohne Krankenversicherung ist in den letzten Jahren deutlich angestiegen. Die GKV muss im Rahmen einer Bürgerversicherung verpflichtet werden, auch geringfügig Beschäftigte bzw. gering verdienende Selbständige zu bezahlbaren Beitragsleistungen als Versicherte aufzunehmen.</p> <p>Weiterleitung an: SPD-Parteivorstand SPD-Bundestagsfraktion</p>

Antrag Nr.	Titel	Antragsteller	Empfehlung der Antragskommission
G7	Keine Ökonomisierung der Patienten im Gesundheitswesen	Hessen-Süd	<u>Empfehlung: Annahme</u> Weiterleitung an: SPD-Parteivorstand SPD-Bundestagsfraktion
G8	Finanzielle Ausstattung und finanzielle Sicherheit der gesetzlichen Krankenversicherung	Hessen-Süd	<u>Empfehlung: Als Material an die PV</u> Weiterleitung an: SPD-Parteivorstand
G9	Förderung der ambulanten Hospizarbeit	Bayern	<u>Empfehlung: Annahme</u> Weiterleitung an: SPD-Bundestagsfraktion
G10	Bereitschaftsdienstzentralen wieder wohnortnaher einrichten	RLP	<u>Empfehlung: Annahme in der Fassung der Antragskommission</u> Bereitschaftsdienstzentralen wieder wohnortnaher einrichten Der SPD Landesverband und Die SPD-Landtagsfraktionen werden gebeten aufgefordert , sich darum zu kümmern, dass dafür einzusetzen, dass die kürzlich von der Kassenerztlichen Vereinigung durchgeführte Reform des Ärztlichen Bereitschaftsdienstes revidiert und die Bereitschaftsdienstzentralen wieder wohnortnaher eingerichtet werden. Desweiteren wird darum gebeten, dass Die Notarztversorgung ist gesetzlich so zu regeln geregelt wird, dass eine Notarztversorgung, insbesondere auch im ländlichen Raum innerhalb von längs-

Antrag Nr.	Titel	Antragsteller	Empfehlung der Antragskommission
------------	-------	---------------	----------------------------------

			<p>tens 15 Minuten gesichert wird.</p> <p>Begründung:</p> <p>Nach der kürzlich durchgeführten Neuregelung der ärztlichen Bereitschaftsdienste in Rheinhessen werden den Patienten unzumutbar lange Anfahrtswege (bis über eine halbe Stunde) zugemutet, um einen ärztlichen Bereitschaftsdienst im Notfall zu erreichen. Dies kann zu gefährlichen Situationen für die Patienten führen, wenn z.B. Beschwerden falsch eingeschätzt werden.</p> <p>Die bisherige Struktur hatte eher eine orts- und zeitnahe Versorgung erlaubt. Im Übrigen ist zu vermuten, dass mit der Neuregelung der Versorgung in Rheinhessen der Startschuss zu einer Reduzierung der Bereitschaftsdienstzentralen landesweit gegeben wurde. Dies wird dann insbesondere im ländlichen Raum zu weiteren Versorgungsengpässen führen.</p> <p>Im Übrigen macht die Ansiedlung der Bereitschaftsdienstzentralen bei Kliniken wenig ökonomischen Sinn. Es werden bei den Kliniken Doppelstrukturen aufgebaut, da diese in der Regel eigene Bereitschaftsdienste vorhalten und im Notfall sowieso deren Gerätschaften benutzt und deren Personal zu Rate gezogen werden dürften. Um Synergieeffekte nutzen zu können wäre dann die Einrichtung von Polykliniken vorteilhafter.</p> <p>In einigen ländlichen Räumen bedarf die notärztliche Versorgung einer Verbesserung. Zu lange Anfahrtszeiten zu den Patienten können Menschenleben gefährden. Die Feuerwehr muss im Brandfall in längstens 7 Minuten am Einsatzort sein. Ein Menschenleben darf nicht weniger wert sein. Der Gesetzgeber muss die Versorgung</p>
--	--	--	--

Antrag Nr.	Titel	Antragsteller	Empfehlung der Antragskommission
------------	-------	---------------	----------------------------------

			<p>gesetzlich so regeln, dass eine zeitnahe Versorgung durch die Träger der Notfallversorgung gewährleistet wird. Der Antrag soll an den SPD Landesverband und die SPD Landtagsfraktion Rheinland-Pfalz weitergeleitet werden.</p> <p>Weiterleitung an: SPD-Landtagsfraktionen</p>
	Organisationspolitik		
O1	Grundmandate bei der Bundeskonferenz AG 60plus	Schlesw.-Holstein	<u>Empfehlung: Erledigt durch Annahme O5</u>
O2	Erstattung von Fahrtkosten zu Sitzungen der Regionalverbände	RLP	<u>Empfehlung: Nichtbefassung</u>
O3	Verteilung der Delegierten	Meckl. Vorp.	<u>Empfehlung: Erledigt durch Annahme O5</u>
O4	20 Jahre SPD 60plus	Hessen Süd	<p><u>Empfehlung: Annahme</u></p> <p>Weiterleitung an: SPD-Parteivorstand</p>
O5	Grundmandate bei der Bundeskonferenz AG SPD 60 plus	Hamburg	<u>Empfehlung: Annahme in der Fassung der Antragskommission</u>

Antrag Nr.	Titel	Antragsteller	Empfehlung der Antragskommission
			<p>Grundmandate bei der Bundeskonferenz AG SPD 60 plus</p> <p>Grundmandate bei der Bundeskonferenz AG SPD 60 plus Die Bundeskonferenz fordert den SPD-Bundesvorstand auf, bei der Verteilung der 200 Delegierten unter den Landesverbänden die Grundmandate der Landesverbände von einem auf <u>zwei drei</u> zu erhöhen.</p> <p>Begründung: Insbesondere in den neuen Bundesländern mit großer Fläche und geringer Mitgliederzahl erschwert der derzeitige Delegiertenschlüssel den Aufbau einer leistungsfähigen Landesorganisation. Da die finanzielle Situation der Bundespartei eine allgemeine Erhöhung der Delegiertenzahl für Bundeskonferenzen offenbar nicht zulässt, unterstützen wir diese Landesverbände bei ihrer schwierigen Arbeit solidarisch.</p> <p>Weiterleitung an: SPD-Parteivorstand</p>
O6	Mit Bundeskonferenz und Aktionstag Profil zeigen	Hamburg	<p><u>Empfehlung: Als Material an den 60 plus Bundesvorstand</u></p> <p>Weiterleitung an: AG SPD 60 plus Bundesvorstand</p>
O7	Mehr Zuarbeit des Vorstands für Bezirke/Landesverbände	Hamburg	<p><u>Empfehlung: Erledigt durch Annahme O4</u></p>
O8	Zukünftige Wahlprogramme	Hamburg	<p><u>Empfehlung: Annahme in der Fassung der Antragskommission</u></p>

Antrag Nr.	Titel	Antragsteller	Empfehlung der Antragskommission
			<p>Zukünftige Wahlprogramme</p> <p>Die Bundeskonferenz fordert den Parteivorstand Bundesvorstand und Bundestagsfraktion auf, künftige Wahlprogramme in Zusammenarbeit mit der AG SPD 60 plus zu formulieren.</p> <p>Begründung: Im Programm zur Bundestagswahl sind die Belange der älteren Generation zu kurz gekommen. Aktuelle Themen wie z.B. Mütterrente, Erwerbstätigenrente, Beamtenpensionen wurden zwar an verschiedenen Stellen angesprochen, aber nicht für die etwa 20 Millionen Rentner in einem klaren Konzept zusammengefasst. Es fehlte die gezielte Ansprache der älteren Wählerinnen und Wähler in ihrer Lebenssituation.</p> <p>Weiterleitung an: SPD-Parteivorstand</p>
	Teilhabe		
T1	Politische Teilhabe der älteren Menschen in allen gesellschaftlichen Bereichen	Hessen-Süd	<u>Empfehlung: Erledigt durch Annahme L1</u>
T2	Ehrenamtliches Engagement verträgt keine Altersgrenzen	NRW	<p><u>Empfehlung: Annahme in der Fassung der Antragskommission</u></p> <p>Ehrenamtliches Engagement verträgt keine Altersgrenzen</p> <p>Wir fordern den SPD-Parteivorstand auf, Initiativen auf allen Ebenen einzuleiten um Altersgrenzen, insbesondere beim bürgerschaftlichen Engagement jenseits des regulären</p>

Antrag Nr.	Titel	Antragsteller	Empfehlung der Antragskommission
------------	-------	---------------	----------------------------------

			<p>Berufslebens, zu überprüfen und schnellstens abzubauen. „Demokratie lebt vom Ehrenamt“ (Theodor Heuss, erster Bundespräsident) Unser freiheitliches und demokratisches Gemeinwesen lebt davon, dass Bürgerinnen und Bürger an seiner Gestaltung mitwirken. Von Menschen, die aus freiem Entschluss bereit sind, sich in Wohlfahrtsverbänden, in Kirchengemeinden und Vereinen, in Verbänden, Parteien, in Bürgerinitiativen und Selbsthilfegruppen für ihre Mitmenschen und für das Gemeinwohl einzusetzen. Ohne diesen Gemeinsinn entsteht keine lebenswerte Gesellschaft. In einer Gesellschaft mit einem größer werdenden Anteil älterer Menschen müssen Politik, Gesellschaft, Verbände und Wirtschaft Rahmenbedingungen schaffen, um auch nahezu allen älteren Menschen das Mitgestalten und Mitentscheiden zu ermöglichen. Gerade die Älteren, ihre Erfahrungen und Fähigkeiten, ihr Wissen und ihre Kompetenz können erheblich zur Stärkung der Demokratie, zur Solidarität zwischen den Generationen und zur Sicherung des sozialen Zusammenhalts beitragen. Wir brauchen also Ermutigung für alle Bürger, Alte und Junge, Verantwortung für das Gemeinwesen zu übernehmen. Unnötige bürokratische Auflagen, vor allem der Ausschluss von ehrenamtlichen Tätigkeiten durch Altersgrenzen, sind das falsche Signal.</p> <p><u>Begründung:</u> Beispiele für den schematischen Ausschluss von Funktionen und Aufgaben: <u>Bürgermeister, Landräte</u> Unterschiedliche landesrechtliche Höchstaltersgrenzen für deren Wahl: 60, 62, 65, 67 Jahre. NRW hat 2007 eine völlige Aufhebung der Altersgrenzen beschlossen.</p>
--	--	--	---

Antrag Nr.	Titel	Antragsteller	Empfehlung der Antragskommission
------------	-------	---------------	----------------------------------

			<p><u>Aufsichtsräte, Vorstände</u> In der Praxis gelten für Aufsichtsräte Grenzen zwischen 70 und 75 Jahren. Für Vorstände weithin zwischen 60 und 63 Jahren.</p> <p><u>Öffentlich bestellte Gutachter</u> Erst nach einer Klage vor dem BGH findet die Neubestellung eines EDV-Experten nach dem 71. Lebensjahr statt.</p> <p><u>Schöffen, Schiedsleute</u> Wählbarkeit von Schöffen nicht vor dem 25. Lebensjahr und nicht mehr nach Vollendung des 70. Lebensjahres. Schiedsleute sollen ab 70 Jahren nicht mehr gewählt werden.</p> <p><u>Gewerkschaftliche Rentenberater</u> Die meisten Gewerkschaften belassen Berater nur bis zum Erreichen des 70. Lebensjahres in der ehrenamtlichen Funktion.</p> <p><u>Haftpflichtversicherungen</u> Erhöhte Prämien für ältere Fahrer/innen ab 65 Jahren, jedenfalls ab 70. Dies wird in den Verträgen möglichst verschleiert.</p> <p><u>Kreditvergabe</u> Hier wird von Einschränkungen ab 60 – 65 Jahren berichtet. Eine generelle Benachteiligung ist nicht eindeutig aufklärbar.</p> <p><u>Kirchenvorstand, Presbyterien</u> Etwa die Hälfte der evangelischen Landeskirchen sieht ein Ende der Amtszeit mit der Erreichung von 70 oder 75 Jahren vor. Bei katholischen Pfarrgemeinderäten gibt es keine Altersgrenzen.</p> <p><u>Kirchliche Amtsträger</u> Pfarrer, evangelisch: 65 Jahre; katholisch: 75 Jahre. Bischöfe, evangelisch: 65 – 68 Jahre; katholisch: 75 – 80 Jahre Kardinäle: ab 80 Jahren verlieren sie das Wahlrecht innerhalb der Kirche Es gibt also direkte und indirekt wirkende Altersgrenzen, die die Übernahme von Ehrenämtern ausschließen oder die das</p>
--	--	--	---

Antrag Nr.	Titel	Antragsteller	Empfehlung der Antragskommission
			<p>bürgerschaftliche Engagement von Bürgerinnen und Bürgern verhindern.</p> <p>Am 4. Dezember 2012 hat die Expertenkommission „Gemeinsam gegen Diskriminierung“ Empfehlungen für eine gerechtere Teilhabe jüngerer und älterer Menschen vorgelegt. Ihr Vorsitzender, der ehemalige Bremer Bürgermeister Henning Scherf, sagte bei der Vorstellung der Handlungsempfehlungen: „Altersgrenzen halten ältere Menschen vom Engagement für die Gesellschaft ab. Das ist schlicht dumm und gehört abgeschafft“.</p> <p>Weiterleitung an: SPD-Parteivorstand SPD-Bundestagsfraktion SPD-Bundesparteitag SPD-Landtagsfraktionen Bundes-SGK</p>
T3	Lebenslanges Lernen: Medienkompetenz	Hessen-Süd	<p><u>Empfehlung: Annahme in der Fassung der Antragskommission</u></p> <p>Lebenslanges Lernen: Medienkompetenz</p> <p>Der <u>SPD-Parteivorstand</u> Bundesvorstand der AG 60 plus wird beauftragt im Rahmen der von uns unterstützten Forderungen für ein lebenslanges Lernen Konzepte und Materialien zu entwickeln, die uns bei der Umsetzung von Medienkompetenz und Presse- und Öffentlichkeitsarbeit in die Lage versetzen, effektiv und erfolgreich zu werden.</p> <p>Begründung: Sicher sind Forderungen, die wir in die Wahlprogramme unserer Partei bekommen wichtig. Aber genauso wichtig ist die Umsetzung dieser Forderungen in</p>

Antrag Nr.	Titel	Antragsteller	Empfehlung der Antragskommission
------------	-------	---------------	----------------------------------

			<p>unserem politischen Alltag. Und da müssen wir als die Betroffenen die Schritte – so weit als möglich – auch selbst tun.</p> <p>Weiterleitung an: SPD-Parteivorstand</p>
T4	Landesweites Register für Leistungsanbieter von Senioren-Themen	RLP	<u>Empfehlung: Nichtbefassung</u>
	Wohnen		
W1	Altersgerechter Umbau von Wohnungen darf nicht zu Mietsteigerungen führen	Brandenburg	<u>Empfehlung: Erledigt durch Annahme L1</u>
W2	Wohnungswirtschaft	Bez. Salzgitter	<u>Empfehlung: Nichtbefassung</u>
W3	Preiswerten Wohnraum schaffen	Hessen-Süd	<p><u>Empfehlung: Weiterleitung an die SPD-Landtagsfraktionen und die Bundes-SGK</u></p> <p>Weiterleitung an: SPD-Landtagsfraktionen Bundes-SGK</p>
W4	Schaffung von Regierungsfonds zur Förderung des sozialen Wohnungsbaus	RLP	<u>Empfehlung: Erledigt durch Annahme L1</u>

Antrag Nr.	Titel	Antragsteller	Empfehlung der Antragskommission
------------	-------	---------------	----------------------------------

	Sonstiges		
S1	Für ein Miteinander von Jung und Alt	Ba-Wü	<u>Empfehlung: Erledigt durch Annahme L1</u>
S2	Steuerhinterziehung bekämpfen	Berlin	<u>Empfehlung: Annahme</u> Weiterleitung an: SPD-Bundesparteitag SPD-Landtagsfraktionen
S3	Altersdiskriminierung bei Wahl der Schöffen	Bezirk Hannover	<u>Empfehlung: Erledigt durch Annahme T2</u>
S4	Sicherheit in Bussen	Hessen-Süd	<u>Empfehlung: Annahme in der Fassung der Antragskommission</u> Sicherheit <u>im ÖPNV</u> in Bussen Die AG 60plus fordert den verbindlichen Einbau eines Notruf-Systems in allen <u>Fahrzeugen des ÖPNV</u> Bussen . <u>Begründung:</u> Dies soll über einen einfach zu erreichenden Knopf am Fahrerplatz die nächste Polizeidienststelle und/oder Verkehrsleitstelle automatisch über den aktuellen Standort informieren und im Gefahrenfall auch über eine Sprechfunkverbindung Informationen vom Fahrer oder einer anderen Person im Bus abfragen können. Weiterleitung an: SPD-Bundestagsfraktion

Antrag Nr.	Titel	Antragsteller	Empfehlung der Antragskommission
S5	Lagerung von Castoren mit hochradioaktiven Atomabfällen aus den Wiederaufbereitungslagern Le Hage (Frankreich) und Sellafield (Großbritannien)	Meckl.-Vorp.	<u>Empfehlung: Als Material an die SPD-Bundestagsfraktion</u> Weiterleitung an: SPD-Bundestagsfraktion
S 6	Verbot von Fracking	Meckl.-Vorp.	<u>Empfehlung: Als Material an die SPD-Bundestagsfraktion</u> Weiterleitung an: SPD-Bundestagsfraktion
S7	Rüstungsexporte und militärische Auslandseinsätze	Bezirk Braunschweig	<u>Empfehlung: Annahme</u> Weiterleitung an: SPD-Bundestagsfraktion
S8	Gegen die Streichung der Prozeßkostenbeihilfe	NRW	<u>Empfehlung: Annahme in der Fassung Antragskommission</u> Gegen die Streichung der Prozeßkostenbeihilfe Die Bundesdelegiertenkonferenz spricht sich gegen die beabsichtigte Streichung der Prozeßkostenbeihilfe für Bedürftige aus. <u>Begründung:</u> Mit dem neuen Gesetzentwurf soll wird künftig Menschen mit geringem Einkommen erschwert werden Prozeßkostenbeihilfe

Antrag Nr.	Titel	Antragsteller	Empfehlung der Antragskommission
			<p>überhaupt noch zu erhalten bzw. sollen sie diese nur noch als Darlehn erhalten. Menschen mit geringem Einkommen sind nicht nur ALG II-Empfänger. Das sind alle Menschen, die von Minijobs leben müssen, es sind Menschen, die von einer kleinen Rente leben müssen, Menschen, die auf Grundsicherung angewiesen sind. In der Realität heißt das, vor allem nach der jüngsten Entwicklung im Sorgerecht, dass allein erziehende (meist) Mütter oder Väter sich keinen Sorgerechtsstreit mehr leisten können. Rentner können nicht mehr gegen falsche Rentenbescheide klagen. Arbeitslose können nicht mehr gegen Sanktionen gerichtlich vorgehen.</p> <p>Weiterleitung an: SPD-Bundestagsfraktion</p>
S9	Erstellung und Veröffentlichung des Armuts- und Reichtumsbericht durch einen außenstehenden unabhängigen Experten	RLP	<p><u>Empfehlung: Annahme</u></p> <p>Weiterleitung an: SPD-Bundesparteitag SPD-Bundestagsfraktion</p>
S10	Schutz für Erwerbstätigkeiten von älteren Menschen über 55 Lebensjahren	RLP	<p><u>Empfehlung: Annahme in der Fassung der Antragskommission</u></p> <p>Schutz für Erwerbstätigkeiten von älteren Menschen über 55 Lebensjahren</p> <p>Die Bundesregierung sollte zur Ergänzung der Arbeitsschutzgesetze einen Schutz für Erwerbstätigkeiten von älteren Menschen über 55</p>

Antrag Nr.	Titel	Antragsteller	Empfehlung der Antragskommission
------------	-------	---------------	----------------------------------

			<p>Lebensjahren erlassen, bzw. die SPD-Bundestagsfraktion sollte eine solche Gesetzesnovelle einbringen.</p> <p>Begründung: In einem solchen Gesetz sollte unter anderem geregelt werden:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Wie Arbeitsplätze für ältere Berufstätige beschaffen sein müssen. 2. Welche Ausgestaltungen und welche sozialen Erfordernisse für solche Arbeitsplätze zu erfüllen sind. 3. Wie die Arbeitszeiten für ältere Berufstätige zu gestalten sind und in welchem Umfang Ruhe- bzw. Erholungszeiten gewährt werden müssen. 4. In welchem Umfang ärztliche Betreuung anzubieten ist und welche gesundheitliche Grundvoraussetzungen erfüllt sein müssen. 5. Welche gesundheitlichen oder altersbedingten Kriterien erfüllt sein müssen, um den ausgeübten Beruf, die ausgeübte Tätigkeit im Alter noch weiter nachgehen zu können. <p>Begründung: Im Zuge des demografischen Wandels und dem daraus resultierenden Facharbeitermangel sollen oder müssen zunehmend in Deutschland Menschen im fortgeschrittenen Alter weiter einer beruflichen Tätigkeit nachgehen. Sie, die älteren Erwerbstätigen, unterliegen bisher in ihren jeweiligen Beschäftigungsverhältnissen den gleichen Schutzvorschriften wie jüngere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Ebenso wie für Kinder und Jugendliche oder auch für schwerbehinderte Menschen, bedürfen die Älteren aber besonderer Schutzbestimmungen. Diese sind vielfältig und heute noch unzureichend geregelt. In einem neu zu schaffenden Seniorenarbeitsschutzrecht sollten alle Schutzbedürfnisse der älteren Menschen zusammen und umfassend geregelt werden.</p> <p>Weiterleitung an: SPD-Bundestagsfraktion</p>
--	--	--	---

Antrag Nr.	Titel	Antragsteller	Empfehlung der Antragskommission
------------	-------	---------------	----------------------------------

S11	Keinen Sonder-TÜV für Senioren/Seniorinnen	RLP	<p><u>Empfehlung: Annahme in der Fassung der Antragskommission</u></p> <p>Keinen Sonder-TÜV für Senioren/Seniorinnen</p> <p><u>Die SPD-Bundestagsfraktion soll sich für eine diskriminierungsfreie, gesundheitliche Überprüfung der Fahrtüchtigkeit einsetzen.</u> Im Zusammenhang mit dem Führen von Kraftfahrzeugen im Alter wird immer wieder die Überprüfung der Fahrtüchtigkeit von Senioren/innen gefordert (EU-Überlegungen): Wir empfinden die öffentliche Diskussion zu Ungunsten von Senioren/Seniorinnen in ihrer Verallgemeinerung als Diskriminierung. Deshalb fordern wir: Keinen Sonder-TÜV für Senioren/Seniorinnen! Wenn überhaupt für notwendig erachtet, dann Überprüfungen aller Altersgruppen in vorgeschriebenen Festintervallen auf Grund der Auswertung langfristiger Studien zur Fahrtüchtigkeit oder Fahruntüchtigkeit durch ADAC und andere Fach-Organisationen. Abgabe oder Entzug der Fahrerlaubnis ist eine einschneidende Maßnahme für die Betroffenen und bedeutet eine große Einschränkung der Mobilität, besonders im ländlichen Raum, wo der Öffentliche Nahverkehr weiter ausgedünnt wird. Wir fordern den Landesvorstand 60 plus auf, sich uns anzuschließen, für die Interessen der älteren Verkehrsteilnehmer bei jeder Gelegenheit zu kämpfen, gegenüber jedem Ansprechpartner in diesem Sinne aktiv zu werden und dies im Bundesvorstand vorzutragen und zu vertreten.</p> <p>Weiterleitung an: SPD-Bundestagsfraktion</p>
-----	--	-----	---

Antrag Nr.	Titel	Antragsteller	Empfehlung der Antragskommission
------------	-------	---------------	----------------------------------

S12	Besserer Verbraucherschutz durch verlässliche Lesbarkeit	RLP	<p><u>Empfehlung: Annahme in der Fassung der Antragskommission</u></p> <p>Besserer Verbraucherschutz durch verlässliche Lesbarkeit</p> <p><u>Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert</u> Der Vorstand der Arbeitsgemeinschaft 60 plus im Regionalverband Rheinland fordert, dass sich der Landesvorstand in Richtung Verbraucherschutz dafür einsetzt, dass bei allen Hinweisen auf Verwendbarkeit, Haltbarkeit, Verträglichkeit und Ähnliches an im Handel befindlichen Verpackungen die Einführung einer Mindestschriftgröße für verlässliche Lesbarkeit gesichert wird.</p> <p>Weiterleitung an: SPD-Bundestagsfraktion</p>
S13	Festhalten an der uneingeschränkten strafrechtlichen Verfolgung bei Steuerhinterziehern	Sachsen-Anhalt	<p><u>Empfehlung: Annahme in der Fassung der Antragskommission</u></p> <p>Festhalten an der uneingeschränkten strafrechtlichen Verfolgung bei Steuerhinterziehern</p> <p>Die <u>SPD-Mandatsträger auf Landes- und Bundesebene</u> <u>SPD-Bundestagsfraktion und die SPD-Landtagsfraktionen</u> werden aufgefordert, an der bisherigen klaren Haltung unserer Partei zur Steuerhinterziehung festzuhalten, zumal in der aktuellen Diskussion um nichtbesteuerte Geheimkonten im Ausland. Insbesondere ist der Tendenz der bürgerlichen Parteien, sogenannten „Steuersündern“ durch Schritte zur Amnestie oder Teilamnestie Sondervorteile gegenüber anderen Kriminellen zu verschaffen, in aller Klarheit entgegenzutreten.</p> <p>Begründung: Steuerhinterziehung ist ein eindeutiger Akt von Kriminalität und</p>

Antrag Nr.	Titel	Antragsteller	Empfehlung der Antragskommission
			<p>muss wie alle Verbrechen ohne Einschränkung und ohne Ansehen der Person verfolgt werden. Das Strafrecht kennt keine „Kavaliersdelikte“, sondern benennt Straftaten. Zu ihnen zählt aus gutem Grund die Steuerhinterziehung. In einem Land, in dem Arbeitnehmer damit rechnen müssen, für nicht ordnungsgemäßen Umgang mit kleinsten Pfandbeträgen juristisch zur Verantwortung gezogen zu werden, darf es nicht sein, dass dem Gemeinwesen wissentlich millionenschwere Verluste zugefügt werden, mit der begründeten Aussicht, dass ein solches Verhalten strafrechtlich ohne Folgen bleibt.</p> <p>Weiterleitung an: SPD-Bundestagsfraktion SPD-Landtagsfraktionen</p>
S14	Für eine solidarische und sozial gerechtere Gesellschaft	Bayern	<p><u>Empfehlung: Material an PV</u></p> <p>Weiterleitung an: SPD-Parteivorstand</p>